

**Beschluss der Landesdelegiertenkonferenz
von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen
am 14./15. November 2009 in Osnabrück**

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich dafür ein:

1. von den geplanten Massenabschiebungen von Roma-Flüchtlingen in den Kosovo abzusehen und – auch mittels der Landesregierung - auf bundespolitischer Ebene das Rückführungsabkommen mit dem Kosovo auszusetzen.
2. den hier geduldeten Roma Sprach- und Ausbildungsförderung zugute kommen zu lassen und einen Weg in den Arbeitsmarkt zu eröffnen, um eine erfolgreiche Integration zu ermöglichen. Die Bleiberechtsregelung muss verlängert werden und um humanitäre Gesichtspunkte im Rahmen einer Sozialklausel insbesondere bei kranken, traumatisierten, alten oder pflegebedürftigen Menschen in der Weise ergänzt werden, dass langjährig geduldeten Roma-Flüchtlingen ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht zugestanden wird.
3. Menschenrechtsorganisationen, sowie Vertreter der Roma-Flüchtlinge, sollen in den Lösungsprozess mit einbezogen werden, um den Bedürfnissen der Roma gerechter zu werden.
4. Diese Forderungen sollen ebenfalls für Flüchtlinge aus weiteren Ländern gelten, die sich in einer vergleichbaren Situation befinden und von der jetzigen Bleiberechtsregelung nicht erfasst werden.

Die Landesregierung wird weiterhin aufgefordert, sich gegen die Rückführung von Roma in den Kosovo und für sie für ein Bleiberecht und für Flüchtlinge in vergleichbarer Lage ebenfalls einzusetzen und für sie ein würdiges Leben mit einem gesicherten Aufenthaltsstatus in Niedersachsen zu ermöglichen.

Die Grünen werden das Thema in der Öffentlichkeit weiterhin mit ganzer Kraft begleiten.